

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

11.6.1924 (No. 135)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. u. b.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweise Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluss erfolgen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Zum Thema „Preise“

Von amtlicher Seite ist in letzter Zeit mehrfach betont worden, daß unbedingt ein Rückgang der Warenpreise eintreten müsse. Und im gleichen Zusammenhang wurde das Wort ausgesprochen, daß es jetzt nicht angängig sei, die Waren zurückzuhalten, sondern sie dem Publikum zu Preisen anzubieten, die dieses Publikum auch zahlen kann. Ganz von selbst ergab sich aus dieser Erörterung die Schlussfolgerung, daß man wieder zu dem alten Prinzip „Großer Umsatz, kleiner Gewinn“ zurückkehren müsse.

Richtig ist, daß der schon im Kriege aufgekommene Grundsatz „Kleiner Umsatz, hohe Gewinne“ auch heute noch dominiert, obwohl er sich nicht mehr verteidigen läßt, und zwar umso weniger, als man die Beobachtung macht, daß der geringere Umsatz bei höheren Preisen keineswegs, wie man doch eigentlich erwarten sollte, Zeiterparnis, niedrigere Unkosten und niedrigere Gehälter hervorruft, sondern daß vielfach in Geschäften, die nur den halben Umsatz der Vorkriegszeit haben, gleichwohl mit einem Personal gearbeitet wird, das doppelt so groß oder doch erheblich größer ist, als das Personal der Vorkriegszeit. Das ist natürlich ein Zustand, der sich auf die Dauer nicht halten läßt. Gewiß wird sich manches zu seiner Erklärung sagen lassen. Damit wird er aber nicht gerechtfertigt. Solange er besteht, kann jedenfalls an eine Reformierung der Preispolitik nicht gedacht werden.

Richtig ist weiterhin, daß sehr viele Geschäftsleute sich scheuen, ihre Waren abzugeben. Sie halten ihr Lager fest, und nur eine Zwangslage kann sie dahin bringen, ihre Ware en masse zu billigen Preisen dem Publikum anzubieten. Richtig ist aber schließlich auch, daß die Kaufkraft des Publikums absolut und relativ noch immer zu niedrig ist. Die neue Beamtensoldordnungsordnung wird diese Kaufkraft wohl ein wenig erhöhen. Aber auch dann bleibt zu berücksichtigen, daß die Beamtensoldordnungsreform nur stellenweise den Friedensstand erreicht haben, die Warenpreise aber sich um 50—200 Prozent über dem Friedensstande bewegen.

Es wäre nun sicherlich falsch, wenn man überall in der Geschäftswelt Profitgier und volkswirtschaftliche Verstandlosigkeit als Haupttriebkraft annehmen wollte. Gewiß gibt es nur zu viele Geschäftsleute, die auch heute noch der Meinung sind, man müsse am Stück seine 50—100 Prozent verdienen, und es müsse beim Jahresabschluss ein Reingewinn — und zwar ein faktischer, nicht etwa nur zur Steuer deklarierter — herauskommen, der eine fünfstelligen Ziffer aufweise. Viele Geschäftsleute, die vor dem Kriege mit einem Reingewinn von 5—8000 Mark pro Jahr sehr zufrieden waren, würden sich schäbig und verarmt vorfinden, wenn sie sich auch heute damit begnügen sollten. Vor allem würden sie gewisse Luxusbedürfnisse, an deren Befriedigung sie sich in den letzten Jahren nur zu sehr gewöhnt haben, dann nicht mehr befriedigen können.

Aber, wie gesagt, wir wollen nicht in unzulässiger Weise verallgemeinern. Im großen und ganzen ist es ja so, daß auf dem Wirtschaftsebene ein ungeheurer Druck lastet, ein Druck, der noch durch das Moment der Unsicherheit verschlimmert wird. Sätten wir allerdings vernünftiger Reichstagswahlen gehabt, so brauchte dies Gefühl der Unsicherheit nicht so groß zu sein. Vielleicht wird heute schon manch einem Geschäftsmann, der deutschnational wählt, klar geworden sein, daß er sich wirtschaftlich damit nicht genügt hat. Denn wirtschaftlich werden und können wir nicht gefunden, wenn es den deutschnationalen gelingen sollte, die von ihnen bisher vertretenen Ideen zum Siege zu führen. Alles schreit in Deutschland nach Kredit. Nun, diesen Kredit wird kein Geschäftsmann bekommen, wenn das Sachverständigenurteil von uns abgelehnt wird, und damit alle Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands zunichte gemacht werden. Es mag ja sein, daß einzelne Volksgenossen, die nach dem Scheitern dieser Pläne unausbleibliche Inflationsperiode herbeiwünschen, um dann das Spiel von 1923 wiederholen zu können. Die allgemeine Wirtschaftskatastrophe würde diesen verbrecherischen Elementen aber sehr bald die Freude vergällen.

Bei allen Klagen über die Verwilderung unserer Preispolitik hat man mit Sorgfalt und Gerechtigkeit zu untersuchen, wo der Ausgangspunkt des Übels zu finden ist. Häufig sind es die Erzeuger, die die Preise ungerechtfertigt hoch ansetzen. Häufig ist es der Zwischenhandel, der die übermäßige Verteuerung verschuldet. Vergessen

darf man aber auch nicht, daß erstens die Weltmarktpreise für verschiedene Warengattungen schlechthin gestiegen sind, daß die Preise für Kohlen erheblich über dem Niveau der Vorkriegszeit stehen, und daß die Steuerlast vergleichsweise heute größer ist, als vor dem Kriege.

Dieses alles muß gerechterweise berücksichtigt werden. Dennoch zeigen gewisse Beobachtungen des Warenmarktes, daß wir ungesunde Preisverhältnisse haben, und ganz zweifellos in vielen Fällen die Preise ohne unmittelbare Schädigung des Erzeugers bzw. Händlers noch ermäßigt werden können. Wie kommt es z. B., daß jetzt schon seit Monaten das Gemüse im Durchschnitt zwei bis dreifach so teuer ist, als in der Vorkriegszeit, wo doch zur Gemüseernte die teuren Kohlen nicht gebraucht werden, während z. B. Fleisch und Schokolade nur wenig den Stand der Vorkriegszeit übertagen? Es ist das nur eine Frage, die hier aufgeworfen sei. Es ließe sich ihr noch manche andere anreihen.

Alle diese Fragen scheinen zu beweisen, daß selbst bei gerechter Berücksichtigung aller Momente, die für den Erzeuger und für den Händler sprechen, doch angenommen werden muß, daß auch heute noch vielfach eine übertriebene Profitgier am Werke ist, die die Waren in unberechtigter Weise verteuert. Und es ist zu verstehen, daß die Massen des Volkes über solche Erscheinungen entriistet sind. In all den letzten Jahren haben die Festbesoldeten im weitesten Sinne dieses Wortes und die Angehörigen der freien Berufe ihren Tribut an Entbehrungen voll entrichtet. Neuwieders ist ihnen auch ein großer Teil der deutschen Industrie und der Landwirtschaft gefolgt, bei denen z. B. die wirtschaftliche Lage überaus ernst aussieht. Die Gerechtigkeit verlangt es, daß alle Schichten des deutschen Volkes, also auch die des Handels, an diesen Lasten mittragen helfen. Wahrscheinlich wird ja die Entwicklung der Verhältnisse selbst dafür sorgen, daß allenthalben im Bereich des Handels wieder jene Grundzüge zur Herrschaft gelangen, die vor dem Kriege galten, und die letzten Endes die einzigen sind, die auch dem Geschäftsmann eine dauernde Existenz versprechen. Jedenfalls ist die Situation heute bereits so, daß der größte Teil des konsumierenden Publikums nur dann kaufen kann, wenn die Waren ihm zu niedrigen Preisen angeboten werden.

Schwarz — Rot — Gold

Von Amtsgerichtsdirektor Dr. Woffhard (Mannheim)

Die Deutsche Volkspartei hat, wohl damit die deutsch-nationale oder die deutschhollische Partei ihr nicht vorzorkommen, als einen ihrer ersten Anträge im neuen Reichstag den eingebracht, daß Artikel 3 der Reichsverfassung abgeändert wird: Die Reichsflagge schwarz-rot-gold solle in schwarz-weiß-rot umgeändert werden. Die Volkspartei will damit zu erkennen geben, daß sie von der republikanischen Haltung, die sie kurz nach der Revolution vertrat, abtrübt. Deshalb seien hier einige Kundgebungen der Volkspartei aus dieser Zeit angeführt. In einer Werbeschrift „die Ziele der Volkspartei“, die Ende 1918 erschien, heißt es:

„Nur noch eine Nacht gibt es in Deutschland, die imstande ist, einen Wandel herbeizuführen: das ist der entschlossene Wille eines starken Bürgerhums, das nur bei den Nationalversammlungswahlen sein Schicksal in die Hand nimmt und dafür sorgt, daß Deutschlands Schicksal nicht durch eine sozialistische, sondern durch eine bürgerliche Republik bestimmt wird.“ Dr. Hugo, der Hauptgeschäftsführer der Volkspartei schrieb damals in einem Flugblatt:

„Die Volkspartei erkennt die durch die Revolution gegebene Abschaffung der alten Staatsform an und ist bereit, am Aufbau eines neuen freiheitlich gestalteten Staatsgebäudes auf republikanischer Grundlage mitzuarbeiten.“

In gleicher Weise lauteten die Äußerungen der Deutschnationalen, von denen nur eine ihres Hauptorgans der Deutschen Zeitung vom 16. November 1918 hier wiedergegeben sei, die damals schrieb: „Helfen kann uns nur die befreiende schwarz-rot-goldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit. Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengesetzt werden soll, unsertwegen auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben schwarz-rot-gold. Sie sind das Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild großer Taten, denen damals die großen Erfolge folgten.“

Dies war um dieselbe Zeit, als die deutsch-nationale Volkspartei in ihrem Gründungsschreiben verkündete:

„Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen.“ Doch seitdem sind 5½ Jahre verfloßen, das Gedächtnis der Mitwelt ist so schlecht, daß man getrost, die heutige Reichsflagge als eine Judenfahne bezeichnen darf, ohne daß man zurechtgewiesen wird! Der falsche Geschichtsunterricht, den die meisten erhalten haben, tut ein übriges, daß auch viele Gebildete in dieser Frage nicht über 1870 hinaus blicken. Gegen diese Unwissenheit und gegen die Schlagworte soll dieser Streifzug unternommen werden. Dabei sei zum voraus bemerkt, um Mißdeutungen zu entgehen: Niemand achtet die Farben gering, unter denen Deutschlands beste Söhne im Heldenkampfe von 1914—1918 verblutet sind. Auch heute leuchtet auf allen Meeren die Handelsflagge des Deutschen Reiches in den 1871 geschaffenen Farben schwarz-weiß-rot, die nur in der oberen inneren Ecke eine goldene Spitze in den Reichsfarben hat. Aber die Farben des alten Deutschen Reiches waren schwarz-rot-gold, sein Wappen wies einen schwarzen Adler mit roter Zunge an Klauen und Zunge im goldenen Felde. Schon die Reichsturmflagge, die 1336 dem Grafen Ulrich von Württemberg als Ehrenamt vom Kaiser Ludwig dem Bayer verliehen wurde, hatte eine rote Fahnenstange, eine Spitze aus Silber, und auf der Fahne prangte ein schwarzer Adler. Als das alte Deutsche Reich um 1800 zerfiel, — in über 100 Einzelstaaten, — suchte die Sehnsucht nach deutscher Einheit ein Symbol, das im Gegensatz zu den 100 Fahnen der Einzelstaaten schwarz-rot-gold war. Dies waren auch die Uniformfarben des ersten deutschen Freikorps, der Lübbower Freischar, die sie 1813 als Ausdruck wiedererwachter Einheitsgedankens annahm. Ihre Uniform bestand aus schwarzem Tuch mit rotem Vorstoß am Kragen und Aufschlag nebst goldenen Knöpfen, diesen Farben legten sie folgende Deutung unter: Schwarz wie die Nacht der Knechtschaft, die man abschütteln wollte, rot wie das Blut, das der Kampf kosten wird, und golden wie die Freiheitssonne, die dem Vaterlande aus dem Kampfe gegen die Knechtschaft aufgehen soll. Freiherr von Stein hatte schon 1807 den Vorschlag gemacht für die österreichische und preussische Truppen, die den Befreiungskrieg für Deutschland führen sollten, eine einheitliche schwarz-rot-goldene Skarfarbe zu wählen. Turnvater Jahn, der Verfasser der „verbrecherischen Lehre von der deutschen Einheit“, hatte diese Farben der Lübbower Freischar vorgeschlagen, ebenso im Jahre 1815 der Burschenschaft mit den Worten: schwarz-gelb sei die alte deutsche Reichsflagge und rot das für die Freiheit vergossene Blut. Sie wurden die Farben der deutschen Burschenschaft, deren Wahlspruch: Ehre — Freiheit — Vaterland war. Diese Farben wurden bei der Dreihundertjahrfeier der Reformation noch zur Siegesfeier der Schlacht bei Leipzig am 18. Oktober 1817 von den Burschenschaften auf ihrem Banner als die deutschen Farben getragen, als sie zur Wartburg in mächtigem Zuge pilgerten. Ein Sinnbild deutscher Volkseinheit sollte es sein! Doch Fürst Metternich löste durch Bundesbeschlüsse die deutschen Burschenschaften auf und verbot das Tragen der Farben schwarz-rot-gold. Binger sang nach diesem Verbot:

„das Band ist zerschnitten,
War schwarz, rot, gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt.“

Zahllos sind die Verfolgungen und Verurteilungen von Anhängern der Farben „Schwarz-rot-gold“. Ernst Moritz Arndt wurde 1819 wegen seines Eintretens für Deutschlands Einheit verhaftet und seines Amtes entsetzt, Turnvater Jahn schmachtete jahrelang im Kerker, trotzdem bekannte er in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung am 17. Februar 1849: „mein Schild führt drei Farben, schwarz-rot-gold und darin steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland.“ Erik Reuter, der große plattdeutsche Dichter, wurde wegen Tragens der Farben Schwarz-rot-gold zum Tode durch das Fallbeil als Hochverräter verurteilt, dann aber zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Sieben Jahre Kerker mußte Reuter verbüßen, mit ihm waren viele Anhänger der deutschen Einheitsbewegung auf der Berliner Stadtvogtei im Jahre 1833 untergebracht. Mit Humor setzte Reuter unter eine eigenhändige Zeichnung dieses „Paradieshofes“ die Worte: „wer die Wahrheit kennt und saget sie frei, der kommt bestimmt auf die Stadtvogtei“. Doch all diese Strafen konnten nicht hindern, daß im Südwesten Deutschlands, in der Bad. freiheitlich aefinnte Männer in einer aewaltigen

Rundgebung auf der Schloßruine bei Neustadt a. d. O. — 30 000 Menschen sollten es gewesen sein, auf dem Hambacher Feste am 27. Mai 1832 für ein geeintes deutsches Vaterland eintraten. Nur eine Farbe — schwarz-rot-gold — und nur ein Vaterland hieß es im Festliede. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen und Standarten der Pfälzer und der Patrioten aus allen deutschen Gauen flatterten als deutsche Farben stolz zum Schloß hinauf! Aber erst das Jahr 1848 brachte die verfassungsrechtliche Erfüllung, erst da waren die Farben zum Sinnbild deutscher Volkseinheit geworden, als die Volksvertreter der deutschen Nationalversammlung unter diesen einheitlichen Farben in feierlichem Zuge in die Paulskirche in Frankfurt a. M. zogen. Ernst Moritz Arndt und Turnvater Jahn waren darunter und durften es erleben, daß es mit Recht heißen durfte: „das ganze Deutschland soll es sein!“

Ferd. Freiligrath durfte damals singen:

„In Kümmeris und Dunkelheit,
Da mußten wir sie bergen,
Nun haben wir sie doch befreit. —
Befreit aus ihren Särgen!
Ei wie sie blüht und rauscht und rollt
Surra du Schwarz, Du Rot, Du Gold!“

Die fünf ersten deutschen Kriegsschiffe mit den Farben Schwarz-rot-gold, die von Hamburger Bürgern ausgerüstet worden waren, konnten noch im Jahre 1848 durch Vertreter der deutschen Reichsgewalt in Hamburger Hafen übernommen werden.

Friedrich Wilhelm IV. von Preußen hatte am 21. März 1848 bei seinem Ritt unter den Linden, bei dem ein Mitglied der Schützengilde mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne vor ihm herzog, ein breites schwarz-rot-goldenes Band über die Uniform am Arm gebreitet. Am gleichen Tage ordnete er in einer Rundgebung an seinen Kriegsmilitär an, daß seine Armee neben der preussischen noch die deutsche Farben — die schwarz-rot-goldene, die großdeutsche — anzusetzen habe. In einer Proklamation an diesem Tage führte der König noch aus:

„Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen, und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.“

Beim Kölner Dombaufest am 14. August 1848 zur Einweihung neuerbauter Teile des Doms wehten diese Fahnen vom Kölner Dom herab, bei welcher Gelegenheit Friedrich Wilhelm IV. „auf das Wohl der Werkleute am Bane dieses einigen Deutschlands“ d. h. der Mitglieder der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. trant.

Doch nicht allzulange währte dieser Traum der deutschen Einheit. 1863 wurde die großdeutschen Farben zwar noch beim Einzug der Bundesstruppen in Altona zur Befreiung Schleswig-Holsteins getragen, und die Stadt war mit ihnen geschmückt. Und 1866 wurde das Palais des Bundestags in Frankfurt a. M. mit ihr noch einmal geflaggt, als sich unter ihr alle die sammeln sollten, die von Großpreußen nichts wissen wollten. Als 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde, fand das Sinnbild der alten Ideale der deutschen Einheit keine Gnade, und schwarz-weiß-rot wurden die neuen Reichsfarben. Aber ganz vergessen blieben die alten Farben nicht. In Deutschösterreich und namentlich in Böhmen galten schwarz-rot-gold auch vor dem Kriege noch als Kampfsymbol für das Deutschtum. In Tirol und Boralberg trugen Turner- und Wandervereine diese Abzeichen. Schwarz-rot-gold galt als Farbe der alldeutschen Bewegung in Österreich, in diesen Farben legt Deutschösterreich sein Bekenntnis zum großdeutschen Einheitsgedanken von jeher ab. Die Tschechoslowaken betrachteten diese Farben als Trugsymbol der Deutschtöhmerei. Diese Farben haben danach ein älteres geschichtliches Recht als die schwarz-weiß-rote Flagge, sie waren das Symbol aller jener Bestrebungen, die auf eine Einigung aller deutschen Stämme und ihres staatlichen Zusammenschlusses abzielten.

Reichstagsabgeordneter Dr. David hat in seiner eindringlichen Reichstagsrede am 27. Juni 1921 über die deutschen Farben mit Recht ausgeführt, daß die jetzigen Reichsfarben garnicht an die Stelle der schwarz-weiß-roten getreten sind. „Diese seien im November 1918 durch die Revolution herübergeholt worden, und an ihre Stelle seien auf allen Staatsgebäuden die roten Fahnen gehißt worden. Die verfassungsgebende Nationalversammlung hat erst nach schweren Kämpfen diese roten Fahnen endgültig verdrängt und im Wege eines Kompromisses die allgemeinen deutschen Farben schwarz-rot-gold als Reichsfarben gewählt. Sie sind das Bannerzeichen der Demokratie geworden und wenn der Kampf um diese Farben im neuen Reichstag wieder entbrennen soll, dann müssen alle, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen, aus der Geschichte unseres Volkes heraus — nicht nur der letzten 50 Jahre — für diese Farben eintreten. Sie verkörpern die großdeutsche nationale Einheit und eine konsequent eingestellte Demokratie, die zum Kampfe gegen rechts und links in gleicher Weise eingestellt ist.“

Was eine Rückkehr zu den alten Farben für unsere auswärtige Politik bedeutet, braucht in unserer jetzigen Lage nicht mehr angedeutet zu werden. Drum muß die Mahnung an alle aufrechten Demokraten und Republikaner ergehen, daß sie bei all ihren Festen die Reichsfarben in Fahnen und Abzeichen tragen, daß auch im Alltag diese Farben immer mehr erscheinen, selbst wenn sie nur als Fähnchen an Rädern und ähnlichen Fahrzeugen wehen, in Freud und Leid müssen die Farben schwarz-rot-gold mit dabei sein, wenn es gilt, Bekenntnis abzulegen für dieses Symbol der Freiheit und Einigkeit!

(Neue Badische Landessta.)

Auswirkung der franz. Wahlen auf die polnisch-franz. Beziehungen

Aus Warschau, 18. Mai, wird uns geschrieben:

Vor den französischen Wahlen war die polnische Presse aller Richtungen fest davon überzeugt, daß Poincaré einen glänzenden Sieg davontragen würde. Die Nachricht von dem Mißerfolg Poincarés und des Bloc National schlug daher wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein.

Wie konsterniert besonders die nationaldemokratische polnische Presse durch den Ausgang der französischen Wahlen ist, geht daraus hervor, daß ein immerhin ernsthaftes Blatt wie die „Gazeta Warszawska“ auf die Möglichkeit eines Rechtsputsches in Frankreich hofft. Bis zum Eintritt dieses Putsches will sich das Blatt auf — Mussolini stützen, den es umschmeichelt als den Mann, der der „Führer der Reaktion gegen die Fehler des 19. Jahrhunderts“ sei. Ähnlich äußert sich die „Gazeta Poranna“, die ebenfalls hofft, daß der französische nationale Instinkt, der diesmal enttäuscht hat, wieder die Oberhand gewinnen würde; augenblicklich freilich bewiesen die französischen Wahlen, daß der Parlamentarismus sich in allen Ländern überlebt habe. Wieder einmal ein Beweis für die polnische „Bescheidenheit“, der es als Kriterium der Berechtigung oder Nichtberechtigung des Parlamentarismus gilt, ob ein fremdes Parlament eine polenfreundliche oder eine nichtpolenfreundliche Mehrheit hat.

Ein anderes nationaldemokratisches Blatt sucht im Gegensatz zu der „Gazeta Poranna“, die durch ihre Ausrufung ja doch die siegreiche französische Linke vor den Kopf stößt, die gegenwärtige französische Mehrheit durch die Versicherung zu gewinnen, daß Polen der solideste Pfeiler des demokratischen Systems Europas sei. Die Lobhudelei für Mussolini und die Attacken gegen den Parlamentarismus sprechen ja nicht gerade für diese Behauptung und die unausgesetzten polnischen Verstöße gegen die Rechte der nationalen Minderheiten, die selbst Herrn Poincaré zu bunt gewesen sind, sind schon gar nicht dazu angetan, Polen als demokratischen Staat erscheinen zu lassen.

Wovor man sich hier am meisten fürchtet, das ist eine Änderung in der französischen Politik gegenüber Rußland. Man weiß, daß Herr Herriot, der in der neuen französischen Kammer eine große Rolle spielen dürfte, ein Vorkämpfer einer französisch-russischen Annäherung ist, und man fürchtet, daß in demselben Augenblicke, in dem diese Annäherung eintritt, das französisch-polnische Bündnis nicht mehr das Papier wert ist, auf dem es steht.

Fast noch mehr aber fürchtet man in nationalistischen polnischen Kreisen die Verringerung der deutsch-französischen Beziehungen. Der „Kurjer Poczanski“ sagt, Frankreich werde einen sehr gefährlichen Weg nicht nur für sich, sondern für den europäischen Frieden beschreiten, falls es die Politik Poincarés ausgeben wollte. Man müsse aber hoffen, daß die gesunde Vernunft und das Bewußtsein der deutschen Gefahr eine Verwirklichung der weitgehenden Pläne der französischen Linksparteien nicht zulassen würden. Ähnlich sagt die „Gazeta Gdanska“, die Nämung des Ruhrgebiets würde ein gefährliches Experiment sein, das auszuführen die nüchtern denkenden französischen Politiker nicht zulassen würden; nur die Anwesenheit Frankreichs im Ruhrgebiet und am Rhein könne die Sicherheit Europas gewährleisten.

Die polnische Linkspresse verspricht sich von solchen Beschwörungen Frankreichs nicht viel, sie verlangt vielmehr mit Rücksicht auf den Ausgang der französischen Wahlen eine Änderung der bisherigen polnischen Politik. Nicht nur der sozialistische „Robotnik“, sondern auch der liberale „Kurjer Poranny“, verlangen, daß sowohl der polnische Außenminister, wie der polnische Gesandte in Paris durch andere Männer ersetzt werden. Außerdem müsse die bisherige Minoritätenpolitik Polens durchaus geändert werden, denn die neue französische Mehrheit werde gegen die Bedrückung fremder Nationalitäten Einspruch erheben.

Ein wie schlechtes Gewissen Polen gerade in dieser letzten Hinsicht hat, ist ja allgemein bekannt. Im übrigen darf man sich aber in einer Beziehung keinen irrigen Erwartungen hingeben: selbst wenn in Polen mit Rücksicht auf die Änderung der politischen Situation in Frankreich ein anderer Kurs in der Minoritätenpolitik eingeschlagen werden sollte, würden die Deutschen erst in letzter Linie davon Vorteile haben, denn der Deutscheshaß ist bei der polnischen Linken kaum viel geringer als bei den Nationaldemokraten.

Rom, 10. Juni. Trotz der beruhigenden Erklärungen Mussolinis und der Entspannung zwischen Rom und Ankara dauern die Angriffe der türkischen Presse gegen Italien fort. Der englische Bericht, die Wretung des Jubalands von der Lösung des Problems des Dobelanes abhängen zu lassen, erweckt in der türkischen Presse Verdacht, daß Italien sich dafür verpflichtet hat, England in der Mosulfrage zu unterstützen. Verschiedene Blätter heben hervor, daß Italien mit allen Nachbarn, ausgenommen der Türkei, Verträge geschlossen habe und erinnern an den plötzlichen Ausbruch des Tripolis-Krieges. Diese Sprache erweckt in Rom lebhaftes Mißvergnügen.

London, 11. Juni. Wie gemeldet wird, hat die italienische Regierung es abgelehnt, die Tangertonnen anzuerkennen. Italien halte sein Recht auf die Vorteile der Kapitulationen aufrecht, obgleich die Mächte die Konvention billigen und sich mit der Abschaffung der Kapitulationen einverstanden erklärt hätten. Die italienische Regierung habe keinerlei Forderungen formuliert. Aber es bestehe Grund zu der Annahme, daß Großbritannien, Frankreich und Spanien bereit sein würden, den Italienern zugewiesenen Anteil an der neuen östlichen Verwaltung zu vergrößern.

Ein wohlwollendes Urteil über die deutschen Reisenden im Auslande

Aus Rom, 22. Mai, wird uns geschrieben:

Die öffentliche Meinung Italiens legt im allgemeinen den Äußerungen der englischen Presse großen Wert bei und stimmt ihnen, sofern nicht etwa italienische Interessen dem entgegenstehen, zu. Die scharfen Auslassungen mehrerer englischer Blätter gegen den starken Besuch Italiens durch deutsche Reisende im März und April d. J. haben aber in Italien kaum ein Echo gefunden. Im Gegenteil: eine ganze Anzahl von Zeitungen Roms und anderer großer italienischer Städte haben in wiederholten Artikeln auf die Mühseligkeit des im letzten Frühjahr wiedergesteigerten Besuchs von Ausländern in Italien hingewiesen und dabei ausdrücklich erwähnt, daß die deutschen Reisenden in Italien willkommen sind. Der „Popolo d'Italia“ hat sogar in einem besonderen Artikel den Wunsch ausgesprochen, daß der deutsche Fremdenstrom sich wieder dem Gardasee zuwenden möge, weil eben ohne die deutschen Touristen die Fremdenindustrie am Gardasee nicht bestehen könnte; dieses Zugeständnis und dieser Wunsch erscheinen besonders beachtenswert, da früher deutscher Besuch am Gardasee von den Italienern aus gewissen nationalistischen Empfindungen heraus mit scheelen Augen angesehen wurde. Endlich sei erwähnt, daß der „Corriere Italiano“ ebenfalls in einem besonderen Artikel den deutschen Besuch in Italien dankbar begrüßt hat. Dieses Blatt führte aus, daß der diesjährige deutsche Fremdenstrom insbesondere die Fremdenindustrie der italienischen Riviera vor dem Bankrott gerettet habe.

Politische Neuigkeiten

Die französische Regierungskrise

Paris, 10. Juni. Die Kammer ist heute nachmittags um 8 Uhr zusammengetreten. Der neue Ministerpräsident Francois Marsal hat die Volkshast des Präsidenten Millerand belesen, die sein Verbleiben im Amt als ein Gebot der Verfassung bezeichne und die Kammer auffordere, sich über diese Frage durch ein Votum unzugewandert auszusprechen. Herr Millerand erklärt sein bisheriges Verhalten im Amt als durchaus verfassungsmäßig. Er erklärt, er habe nicht als Deserteur seinen Posten verlassen wollen, und er habe das Vertrauen, daß die Kammer sich nicht einer geheimen Verschwörung, die verfassungswidrige Ziele verfolgte, anschließen werde.

Darauf ergriff der Ministerpräsident das Wort, um seine Erklärung des Kabinetts von ähnlichem Inhalt zu belesen. Auf Verlangen der Minderheit, als deren Vertreter der Minister Reibel in die Debatte eingetreten. Reibel vertrat noch einmal die Argumente Millerands und der Regierung, wo es zu lebhaften Zwischenrufen vonseiten der Minderheit, auf der Rechten und der Kommunisten kam. Die Mehrheitsparteien blieben ihrer Taktik treu, weder an der Debatte teilzunehmen, noch sie durch Zwischenrufe zu verlängern. Ihre Absicht war, so schnell wie möglich die Abstimmung herbeizuführen. Zum Schluß ist in der Kammer bekannt geworden, daß die Senatsmehrheit sich für das Besagen einer von den Freunden Millerands eingebrachten Interpellation ausgesprochen hat. Dieser Beschluß wurde von der Kammermehrheit lebhaft begrüßt, daß der Senat Millerand tatsächlich fallen gelassen hat. In der Kammer ergriff trotz des Verfalls der Linksparteien, den Abschluß der Debatte herbeizuführen, noch der Vertreter der Kommunisten, Cahin, das Wort, der den Präsidenten der Republik mit noch schärferen Worten, als die übrigen Vertreter der Linksparteien es getan hatten, zum sofortigen Rücktritt aufforderte. Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde daraufhin angenommen und es wurde nun zur Abstimmung geschritten. Wie zu erwarten war, hat die Mehrheit der Kammer den Standpunkt Millerand und den der von ihm gebildeten Regierung verworfen. Millerand ist damit gefallen, und es wird angenommen, daß er spätestens morgen in den beiden Häusern seinen Rücktritt mitteilen lassen wird. — Ein unkontrollierbares Gerücht will wissen, daß noch ein anderer Ausweg der Krise möglich sei: nämlich die Auflösung der Kammer. Das wird aber als unwahrscheinlich bezeichnet.

Paris, 10. Juni. In der heutigen Kammerabstimmung über das Schicksal Millerands wurde um 7 Uhr 25 nachmittags das Ergebnis bekannt; das ziffernmäßig folgendes war: 329 für den gegen Millerand gerichteten Antrag des Abg. Herriot, mit der gegenwärtigen Regierung nicht in Kontakt zu treten und 214 für Millerand. Nach Schluß der Rede des Kammerpräsidenten Cahin wurde auf verschiedenen Seiten des Hauses der Name Herriot lebhaft gerufen; um den Führer der Linkspartei zum Eingreifen in die Debatte aufzufordern. Herriot widerlegte sich dieser Aufforderung, um dem Beschluß seiner Parteigruppe, die Debatte nicht zu verlängern, treu zu bleiben. Die Kommunisten stimmten dann die Internationale an, so daß längere Zeit hindurch weder eine Debatte noch die Verkündigung des Resultates stattfinden konnte. Auch die Minderheit der Rechten verantwortete ihrerseits lärmende Zwischenrufe. Die Verlesung des Abstimmungsergebnisses zogerte sich durch diese Störungen um mehr als 20 Minuten hinaus. Das Kabinett verließ inmitten des Tumults die Kammer und begab sich ins Elysee, um dem Präsidenten der Republik das Abstimmungsergebnis mitzuteilen. Man erwartet noch heute abend das Ergebnis der Beschlüsse des Präsidenten. An der Demission des Kabinetts ist nicht mehr zu zweifeln, aber auch der Rücktritt Millerands ist zum mindesten als sehr wahrscheinlich zu bezeichnen.

Paris, 10. Juni. Sofort nach der Kammerabstimmung hat sich das gesamte Kabinett Marsal nach dem Elysee begeben, um den Präsidenten der Republik über die Lage zu unterrichten. Die Besprechung dauerte 4 Stunden. Nachher ist folgendes Kommuniqué veröffentlicht worden: „Der Ministerpräsident hat sich mit seinen Ministern nach dem Elysee begeben, um den Präsidenten der Republik über das im Parlament Abgeordnete zu unterrichten. Millerand hat Marsal und seinen Mitarbeitern lebhaft für die Unterstützung gedankt, die sie ihm die Verteidigung der Verfassung geliehen haben. Nachdem die Minister ihre Demission angeboten hatten, antwortete Millerand, daß er in Anbetracht des Berichtes, den der Ministerpräsident ihm über die Verhandlungen der beiden Kammer gemacht hat, beschlossen habe, zu demissionieren. Er hat demzufolge das Kabinett ersucht, im Amt zu bleiben. Der Ministerpräsident wird sich morgen dem Parlament versammeln. Der Beschluß des Präsidenten der Republik wird den beiden Kammern zu Beginn der Nachmittags-Sitzung zur Kenntnis gebracht werden.“

London, 10. Juni. Das Verhalten der englischen Presse gegenüber der sich lang hinziehenden französischen Regierungskrise ist demnach zurückhaltend, doch wird bedauert, daß gerade im jetzigen Augenblick so schwierige Verfassungsfragen aufgeworfen werden müßten. Die „Times“ nimmt an, daß bis Samstag der neue Präsident gewählt sein wird, und daß am nächsten Tage Herriot zur Kabinettbildung berufen werde.

Während inzwischen keine diplomatischen Schritte zur Lösung der europäischen Frage möglich sind, glaubt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ über einen Meinungsaustrausch zwischen Politikern der Arbeiterpartei und französischen radikalen und sozialistischen Führern berichten zu können. Es wäre, wie bereits gemeldet, zwischen diesen eine weitgehende Übereinstimmung über ein gemeinsames Programm erreicht, doch sind die detaillierten Mitteilungen des Blattes mit Vorbehalt zu lesen, da diesem Programm nur unverbindliche Privatmeinungen und Konnotationen zugrunde liegen dürften. (Frankf. Blg.)

Der Kampfplan der Deutschnationalen

Berlin, 7. Juni. In der „Kreuzzeitung“ zielt Graf Westarp die Bilanz der innerpolitischen Entwicklung der letzten Wochen. Was er und Herr Schlangensiefen schon im Reichstag angekündigt hatten, wird jetzt mit aller Schärfe ausgesprochen, daß sich nämlich die Deutschnationalen mit ihren Wählergruppen bei der letzten Regierungskrise nicht zufrieden geben, sondern mit allen Mitteln versuchen wollen, binnen kürzester Frist maßgebenden Einfluß in der Regierung zu erlangen. Den Ausgangspunkt sehen sie, wie Graf Westarp darlegt, in der Wahl im Juli zu treffenden Entscheidung über die Ausführung des Sachverständigenberichts, wobei sie entsprechend der ihnen geläufigen Konzeption davon ausgehen, daß man sich damit erst über „Annahme oder Ablehnung als unteilbares Ganzes“ zu entscheiden haben werde.

„Wir unferreits (schreibt Graf Westarp) sind entschlossen, in einigen Wochen dem Schlußabkommen ein Nein entgegenzusetzen, wenn dabei nicht die Voraussetzungen erfüllt sind, von denen auch an dieser Stelle oft genug die Rede gewesen ist. Im Vordergrund wird dabei die vollständige politische und militärische Räumung des westerrheinischen Gebietes stehen. Wir sind ferner der Meinung, daß die neue Regierung den Entschluß, feinerzeit dem Schlußabkommen unter den gedachten Umständen ein Nein entgegenzusetzen, klar und eindeutig zum Ausdruck bringen müsse. Dadurch wäre nach unserer Auffassung die Tür zu Verhandlungen mit dem Ausland nicht zugesperrt, wohl aber die Stellung der deutschen Unterhändler wesentlich gestärkt worden; in solchen Verhandlungen kann nur der etwas erreichen, von dem der Verhandlungsgegner weiß, daß er unter Umständen auch das ganze Westfalen noch abgeben kann und wird. Deshalb hielten und halten wir es für eine dringende vaterländische Pflicht, uns an der Teilnahme an der weiteren Verhandlung des Gutachtens zu drängen. Eine Spekulation, die damit rechnen wollte, daß die Deutschnationalen im Grunde genommen ganz zufrieden damit seien, den Mittelpartei die Verantwortung für die Annahme des Gutachtens und des in Aussicht stehenden Schlußabkommens überlassen zu können und daß man sie, wenn es nötig sei, dann später zur Regierung heranziehen könnte, geht fehl. Wir werden uns bis hierher auch weiter alles tun, was in unserer Macht steht, um die jetzige Regierung noch vor dem Abschluß der Verhandlungen über das Gutachten durch eine solche zu ersetzen, an der wir maßgebend beteiligt sind.“

Den inneren Grund für das Drängen nach der Verantwortung spricht Graf Westarp an einer anderen Stelle aus, wo er behauptet, daß der Wahlkampf dahin entschieden habe, daß der Einfluß der Sozialdemokratie ausgeschaltet werden soll.

„Wir bleiben entschlossen (so fährt er fort), die daraus zu ziehenden Folgerungen auch für Preußen zu erzwingen. Der Reichstagler und seine Fraktion haben es abgesehen, sich in preussische Verhältnisse einzumischen, und der Versuch, durch direkte Verhandlungen der preussischen Landtagsfraktionen wenigstens zu halbigen Neuwahlen zu kommen, ist gescheitert. Die preussische Zentrumsfraktion hält an ihrem Entschluß fest, die Koalition mit den Herrn Braun und Seevering aufrecht zu erhalten. Das war nicht der einzige, wohl aber ein schwer ins Gewicht fallender Grund für das Scheitern der Verhandlungen im Reich. Wir geben auch hier unser Ziel nicht auf.“

Dies Ziel ist, wie Graf Westarp später sagt, „daß nicht mehr gegen, nicht mehr ohne die Deutschnationale Volkspartei, die hinter ihre stehenden Kräfte der Verfassung, die von ihr getragene völkische Bewegung, nicht mehr ohne und gegen die starken Kräfte regiert werden kann, die in den vaterländischen Verbänden zusammengefloßen sind“. Graf Westarp geht soweit, sogar die neue Koalition in Irrtümern zu zeichnen, die, wenn es nach dem Willen der Deutschnationalen geht, an die Stelle des gegenwärtigen Regimes treten soll:

„Wenn die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Freiheitspartei den Entschluß fassen, ihren grundsätzlichen Widerstand gegen den Eintritt in jede Koalition aufzugeben, und wenn andererseits Zentrum und Volkspartei sich doch noch bereitfinden lassen, eine Einigung auch mit der Freiheitspartei zu suchen, so würde unter Einfluß auch der Bayern und der Wirtschaftspartei eine zahlenmäßig sehr starke rechtsstehende Mehrheit (277 Abgeordnete) geschaffen werden können. Wir haben unferreits die Führung mit der Nationalsozialistischen Freiheitspartei nicht verloren und dürfen bei ihr ein ziemlich weitgehendes Maß der Unterstützung für unsere Vertriebung erwarten. Die jetzige gemeinsame Opposition macht die Tuschführung enger, wenn vielleicht auch in Taktik und Tonart nach dieser oder jener Unterchied bestehen bleibt.“

Der Kampfplan, nach dem operiert werden soll, das Kriegsgelände und der Kampfpunkt sind deutlich genug geschildert: Kombinierte Aktion im Reich und Preußen, Einschaltung der Deutschnationalen als ausschlaggebender Partei, Rechtskoalition unter ihrer Führung. Nur einen Faktor hat Graf Westarp vergessen, das ist der Gegner, mit dem der Kampf um die Macht ausgetragen ist. So leicht, wie die Deutschnationalen meinen, wird der Sieg nicht zu erringen sein. Zunächst wird, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, der Kampf um die Durchführung des Dawesberichts ausgetragen werden müssen und hier werden, wenn die Regierung nun operiert, die Deutschnationalen zunächst einmal in die unangenehme Lage versetzt werden, für oder Nein sagen zu müssen. Sagen sie Ja, dann müssen sie kapitulieren; sagen sie Nein, dann wird man ihnen in einem neuen Wahlkampf Gelegenheit geben müssen, zu zeigen, ob sie die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite haben. (Frankf. Blg.)

Neustettin, 10. Juni. Gegen die Norddeutsche Presse wurde heute Nacht gegen 12 Uhr ein politisches Attentat verübt. Die Täter haben eine Brandbombe in den Keller gelegt und dieselbe entzündet. Der größte Teil des Lagers ist vernichtet. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Täter sind verhaftet. Sie geben bei ihrer Festnahme an, daß sie der kommunistischen Partei angehören und hierher geschickt worden seien, um das Attentat auszuführen. Dieses wäre nur der Anfang, weitere Anschläge würden folgen.

Kurze Nachrichten

Wien, 10. Juni. Gestern nachmittag trat bei dem Bundeskanzler Dr. Seipel ein Kesselausschlag am ganzen Körper auf, der eine erhöhte Temperatur von 38 Grad hervorrief. Die behandelnden Ärzte glauben, daß der Ausschlag nur eine Reaktion auf ein bestimmtes Medikament ist, welches Seipel nicht verträgt.

London, 10. Juni. Der Verkehrs-Teilstreit und der durch über 320 000 Besucher der Ausstellung in Wembley gestern auf eine phantastische Höhe gebrachte Verkehrsandrang am Vortag stellten die denkbar größten Anforderungen an die Organisation, die allerdings mitunter zusammenbrach, was ungeheure Anstauungen verursachte. Es war ein Reforttag für den Verkehr. Schon dies beweist, daß der noch immer fortwährende wilde Streit praktisch eine relativ geringe Wirkung ausübt, obwohl noch über 6000 Arbeiter zum größten Teil in den Werkstätten und in vereinzelter Konfektion der Arbeit fernbleiben. Die Bewegung flaut offensichtlich ab, viele Stationen der Untergrundbahn sind wieder in Betrieb, jedoch bei verletztem Fahrplan. Auch in Birmingham und in Cardiff flaut der Streit ab.

Die Führer der Gewerkschaften tun alles, um die Niederlage der Streikenden herbeizuführen, denn es handelt sich dabei um den größten der bisherigen Angriffe extremer Elemente gegen die Trade Unions. Trotz anfänglicher Unterstützung der Streikenden durch Sympathisierendes gelang es den Gewerkschaftsführern, die Extremisten zu isolieren und das Gros der Gewerkschaftsmitglieder festzuhalten. Man nimmt an, daß der Versuch der Extremisten, die gemäßigte konstitutionelle und parlamentarische Politik der Gewerkschaftsführer durch eine direkte Aktion zu ersetzen, scheitern wird. Die Extremisten spekulierten darauf, daß die Labourregierung eine Einmischung zu Gunsten der Streikenden nicht verweigern könnte, worin sich letztere jedoch äuserten.

London, 11. Juni. „Daily Express“ berichtet, daß die Unzufriedenheit in Japan über die amerikanische Einwanderungsbill eine drohende Gestalt annimmt. Erste Folgen würden von dem japanischen Botschafter in Washington Gantiharai vorausgesagt, wenn den Wortlaut der Antwort der amerikanischen Regierung auf den Protest veröffentlicht werde. Berichte aus Tokio zeigten, daß das japanische auswärtige Amt ernstlich über die Lage beunruhigt sei. Die Amerikaner in Tokio behaupteten eine gewisse Nervosität und wer es ermöglichen könnte, verlasse Japan ohne Verzug.

Riga, 10. Juni. Auf den Expreszug Moskau-Riga wurde in der vergangenen Nacht ein Anschlag verübt. Zwischen die Gleise war eine Sprengbombe gelegt worden, die in dem Augenblick explodierte, als die Lokomotive darüber hinwegfuhr. Die Lokomotive wurde in die Luft geschleudert, mehrere Wagen zertrümmert. In dem Zuge sollen sich hohe politische Persönlichkeiten befunden haben. Wieviele Passagiere getötet wurden, steht noch nicht fest, die Unglücksstelle ist durch Militär abgesperrt.

Badischer Teil

„Badische Koalitionspolitik“

Unter dieser Überschrift setzt sich der „Badische Beobachter“ heute mit den Artikeln der demokratischen Presse auseinander, die als Antwort auf die bekannten Auslassungen in der „Kölnischen Volkszeitung“ (über grundsätzliche Änderungen in der Zusammenlegung der Regierung) erschienen. Der „Beobachter“ schreibt zum Schluß:

„Auch das Karlsruhe' Tagblatt ließ sich diese Gelegenheit, politische Vorbeeren zu pfänden, nicht entgehen und lieferte einen hochstehenden Beitrag zur Aussprache, indem es den Versuch zur sachlichen Behandlung einer Frage, die früher oder später zur Diskussion drängt und schon früher — merkwürdigerweise gerade in demselben Tagblatt — gedrängt hat, mit dem Ausdruck „Musterbeispiel eines politischen Kuhhandels“ abtun wollte. Wir können darnach einstweilen nur feststellen, daß der Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung über eine dringlich werdende politische Frage in Baden an der unglaublichen Unschicklichkeit der in die Frage eingreifenden Presse gescheitert ist. Die Frage selbst bleibt eine Frage, die der Lösung harret; aber die Presse jedenfalls hat gezeigt, daß politisches Denken ihr so wenig liegt, daß von ihr eine Förderung dieser Lösung nicht zu erwarten ist.“

Verkehrsablenkung durch Württemberg nach der Schweiz?

Zu den hierüber in einzelnen Tageszeitungen erschienenen Ausführungen und Angriffen gegen die Reichsbahndirektion Karlsruhe schreibt der Badische Verkehrsverband:

„Mit der unbefriedigenden Bedienung der Schwarzwaldbahn mit durchlaufenden Zügen und Wagen in der Nachkriegszeit hat sich auch der Badische Verkehrsverband in Eingaben, Beschwerden und Veröffentlichungen wiederholt befaßt. Die Abmilderung des Verkehrs nach Elsaß und dem Rheinland und des infolge der Raubverhältnisse nahezu vollständig unterbrochen gewesenen Verkehrs nach der Schweiz, zuletzt die Unterbrechung des Verkehrs bei Offenburg standen einer Besserung der Verbindungen über die Schwarzwaldbahn hindernd im Wege. Nach teilweiser Behebung dieser Schwierigkeiten hat der Fahrplan der Schwarzwaldbahn im Sommer 1924 durch Einführung von zwei weiteren raschen durchlaufenden Zugpaaren eine ganz erhebliche Verbesserung erfahren. Während der Hauptreisezeit werden nunmehr drei beschleunigte Züge in jeder Richtung vorhanden sein. Es muß gewiß sehr bedauert werden, daß ein von Württemberg erzielter Anschluß über Friedrichshafen nach der Ostschweiz und dem Engadin nicht auch gleichzeitig über die Schwarzwaldbahn erreicht werden konnte. Der schon seit Jahren nach Friedrichshafen verkehrende Schnellzug braucht jedoch nur um wenige Minuten beschleunigt zu werden um in Nordach Anschluß an die neu eingeführte Verbindung München—Ostschweiz zu erhalten, während der über die Schwarzwaldbahn laufende Zug auch bei größter Beschleunigung und Wegfall der meisten Zwischenhalte den gleichen ebenfalls erstrebten Anschluß nicht hätte erreichen können. Derartige Zwischenstufen in der Entwicklung des Fahrplans einer Strecke lassen sich bisweilen trotz aller Anstrengungen nicht vermeiden. Die Fahrzeitverlängerung von Nordach nach Friedrichshafen nach dem jetzigen Stand gegenüber vor dem Kriege insbesondere bei der schon erwähnten Verbindung entspricht ungefähr dem Verhältnis der Fahrzeiten über die Schwarzwaldbahn vor und nach dem Kriege, das gleiche kann bezüglich der Anzahl der über die Linie Ulm—Friedrichshafen und Offenburg—Konstanz verkehrenden Schnellzüge gesagt werden. Durch Einführung direkter Wagen Berlin—Konstanz, hat Konstanz außerdem gegenüber der Vorkriegszeit eine bedeutende Stärkung seiner Stellung als größter Fremdenplatz am Bodensee erfahren. Die ab Juli verkehrenden beschleunigten Personenzüge Frankfurt—Konstanz über die Schwarzwaldbahn werden als rasche und billige Beförderungsmittel einen großen Teil des Touristenverkehrs nach dem Bodensee, der Ostschweiz und Oberbayern auf sich ziehen. Demgegenüber darf nicht vergessen werden, daß die Saison Schnellzüge der Vorkriegszeit Frankfurt—Wildbad und Frankfurt—Freudenstadt in diesem Sommer nicht verkehren werden. Zu dem bisher verzögerten Ausbau der Murgaltalbahn bleiben somit Freudenstadt und die Bode- und Kurore des württembergischen Schwarzwaldes ohne durchgehende Schnellzugsverbindungen über Forstheim. Der teilweisen Benachteiligung der Schwarzwaldbahn infolge der in Frage stehenden Verbindungen über Friedrichshafen nach der Schweiz stehen somit auch überlegene Vorteile gegenüber, deren Berücksichtigung notwendig ist, wenn ein objektives Gesamturteil über die Fahrplanpolitik in Baden und Württemberg gebildet werden soll. Es darf damit gerechnet werden, daß die erst jetzt ermöglichte, im Sommer 1924 begonnene Wiederaufgestaltung des Fahrplans der Schwarzwaldbahn bei ungehinderter Entwicklung des Verkehrs im nächsten Fahrplanabschnitt eine weitere Ausdehnung erfahren wird.“

Die Behauptung, daß in Konstanz zur selbigen Minute Schiffsurke abgehen, zu der Züge vom Schwarzwald eingehen, ist nicht zutreffend. Wenn von den württembergischen Verkehrsorganisationen versucht wird, die neue Verbindung über Friedrichshafen bekannt zu machen und zu empfehlen, so entspricht dies der Tätigkeit wie sie seitens des Badischen Verkehrsverbandes seit Monaten bei jeder Fahrplanänderung und Verbesserung nicht nur in einheimischen Zeitungen sondern auch im übrigen Deutschland und im Ausland betrieben wurde. Unverändert bleibt aber, daß die württembergischen Bestrebungen von badischen Verkehrsinteressen unterstützt werden. Aus diesen Gründen wird davon abgesehen, hier eine ausführliche Darlegung der von Baden betätigten Verkehrsreklame zu geben. Die Reichsbahn gibt die Fahrplanänderungen und neuen Verbindungen bekannt, die Werbetätigkeit obliegt jedoch der von ihr als zuständig anerkannten Verkehrsorganisation. Die der Reichsbahn in dieser Hinsicht gemachten Vorwürfe sind deshalb unbegründet.

Die Gewerbe- und Landmaschinenausstellung in Jhenheim

Am Freitagmorgen wurde in Anwesenheit von Vertretern der badischen Regierung sowie von Abgeordneten der am Jhenheimer Ausstellung besonders interessierten Amtsbezirke Lothar und Offenburg sowie ihre Gemeinden die Jhenheimer Ausstellung eröffnet. Der Vorsitzende des Jhenheimer Gewerbevereins, Bürgermeister Jäger, ließ die geladenen Gäste auf dem Ausstellungsgelände willkommen, worauf der Direktor des badischen Landesgewerbeamtes, Oberregierungsrat Buerius, die Grüße der Regierung überbrachte. Als Protektor der Ausstellung eröffnete sodann Sanktus Eckert von der Handwerkskammer Freiburg mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Jhenheimer Ausstellung für das Gewerbe, das Handwerk und die Landwirtschaft Mittelbadens die Ausstellung, die trotz mancherlei Schwierigkeiten erfolgreich hätte durchgeführt werden können. Er gedachte auch des 25jährigen Bestehens des Gewerbevereins Jhenheim, das am nächsten Sonntag mit einem alten Jungferfest und einem Trachtenzug sowie einem Landwirtschaftsfest bezugnehmend werden soll. Mit der Ausstellung verbunden ist, wie bereits gemeldet, auch eine Prämierung von Züchtlern und Pferden.

Zur Aussperrung in der Holzverarbeitenden Industrie

Wie mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch des Freiburger Schlichtungsausschusses mit 64 Pfennig Entlohn abgelehnt. Der gesamte Schiedspruch wird im Hinblick auf die vollkommene Abgabemöglichkeit und mit Rücksicht auf die Rückkäuflichkeit in der gesamten Preisbildung als wirtschaftlich untragbar bezeichnet.

Kommunale Rundschau

Der Mannheimer Haushaltsplan für 1924 ist dem Bürgerausschuß zugegangen. Er schließt mit 23 002 700 M. im Einnahme- und Ausgabe. Der Anfall der Einnahmen aus der gemeinlichen Grund- und Gewerbesteuer ist jedoch nur ein vorläufiger. Hiernach sind Vorauszahlungen auf diese Steuer zu erheben. Der endgültige Anfall für diese Einnahme erfolgt, sobald die Gemeindefürsorge vorliegen wird.

Der Zusammenstellung der Teilvoranschläge ist zu entnehmen: Anteil der Stadt aus den Verkaufserlösen des Gaswerks 454 700 M., des Elektrizitätswerks 348 000 M.; Neingewinn (im engeren Sinne): Wasserwerk 14 000 M., Gaswerk 48 000 M., Elektrizitätswerk 46 000 M., Industriezinsen 18 700 M., zusammen 929 400 M. (im Voranschlag 1914 waren 1 509 887 M. eingelegt). Als Ausgaben (Zuschüsse) werden aufgeführt: an den Rosengarten 36 000 M., Industriezinsen 10 000 M., an die Wasserwerke Rheinau m. b. S. Entschädigung für den Einnahmeausfall infolge Einführung des Mannheimer Wasserzinses 10 000 M. Der Uebererschuss aus den Erträgen der städtischen Werke errechnet sich mithin auf 873 400 M. (gegenüber 1 457 176 M. im Voranschlag 1914). Die öffentlichen Ausgaben sind mit 5 973 400 M. Einnahmen und 45 500 M. Ausgaben in den Etat eingestellt. Der Zuschlag zur Grunderwerbsteuer soll 200 000 M. (99 400 M.) erbringen, der Anteil an der Umsatzsteuer 1 045 400 M., Getränkesteuer 600 000 M. (350 000 M.), Vergütungssteuer 700 000 M., Waageverwendungssteuer 10 000 M., Mietzinssteuer 3 Millionen Mark, Fremdensteuer 150 000 M., Grundsteuer 250 000 Mark (44 800 M.), Anteil an der Wandergewerbesteuer 24 000 Mark. Die Ausgaben in Höhe von 45 500 M. sind zum größten Teil Kosten, die aus der Erhebung der Steuer entstehen, ferner sind die Mißverteilungen und Abgänge eingerechnet. Der Einnahmehüberschuß ist auf 5 933 900 M. beziffert. Als Einparungen aus dem Personalabbau sind 796 500 Mark als Einnahmen verbucht. Für das Kapitel Schulen sind 5 189 500 M. als Ausgaben eingestellt (gegenüber 6 455 935 M. im Jahre 1914). Für Polizeikosten sind an Ausgaben 689 500 Mark (im Jahre 1914 483 569 Mark), eingestellt. Die Wohlfahrtspflege erfordert an Ausgaben 4 032 600 M. (1914 waren eingestellt 2 242 824 Mark). Die Ausgaben, die zur Förderung von Kunst und Wissenschaft im Haushaltsplan 1924 vorgesehen sind, bleiben bedeutend hinter den Zahlen von 1914 zurück. Damals konnten 1 074 669 M. in den Voranschlag eingestellt werden, jetzt sind es nur 574 100 M., also wenig mehr als die Hälfte. Das Nationaltheater war insgesamt mit 705 728 M. bedacht im Jahre 1914, jetzt mit 274 500 Mark, für die Kunsthalle sind die Vergleichsziffern 261 073 zu 162 800.

Badischer Verkehrsverband. Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes findet am Samstag den 14. Juni in Heidelberg statt. Die Stadtwahl und der Verkehrsverein haben nach diesem Anfall am gleichen Tage eine Schloßbeleuchtung vorgesehen. Der Hauptversammlung geht am Freitag, den 13. Juni eine Sitzung des Landesauschusses voraus, daran anschließend wird Birkh. Rat Dr. Maximilian Kraus, Direktor der Reichszentralen für Deutsche Verkehrsverbände Berlin, einen Vortrag über „Kulturpropaganda und Fremdenverkehr“ halten.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Bruchsal, 10. Juni. Gestern wurde hier die von etwa 180 Ausstellern besuchte Große Kraichgau-Gewerbe-Ausstellung, die bis zum 16. Juni dauert, eröffnet. Das Unternehmen geht als eine wirklich gediegene Musterchau weit über den Rahmen einer Bezirksausstellung hinaus. Es haben sich bereits 45 auswärtige Schulen mit ca. 5000 Schülern zum Besuche angemeldet.

DZ. Steiflingen, Amt Stodach, 10. Juni. Am Pfingstamstag fiel der 56 Jahre alte Tagelöhner Franz Fuchs von einem Dache, auf dem er bei Reparaturarbeiten als Handlanger tätig war, und blieb tot liegen. Den Umständen nach wird angenommen, daß der Verunglückte vor dem Sturz von einem Schlag bzw. Ohnmachtsanfall betroffen wurde und so zu Fall kam.

DZ. Donaueschingen, 10. Juni. Am Samstagabend ereignete sich gegen 8 Uhr auf der Dürheimer Landstraße unweit des Fiegelhofes ein Autounfall. Ein Schweizer Auto in dem zwei Herren und eine Dame aus Zürich saßen, fuhr in Richtung Dürheim und wollte an einem Fuhrwerk, das in derselben Richtung fuhr, vorbeifahren. Als die beiden Fahrzeuge auf gleicher Höhe waren, scherte das eine Pferd und drängte gegen das Auto. Der Chauffeur lenkte das Auto nach links, fuhr gegen die Straßeneinfriedung und rannte auf eine dort stehende große Koppel. Durch den Anprall wurden die Kassen des Autos herausgeschleudert, das Auto stürzte die Böschung hinunter und wurde schwer beschädigt. Durch Donaueschinger Herren, die kurz darauf in einem Auto von Dürheim die Unglücksstelle passierten, wurden die Verunglückten in das Donaueschinger Krankenhaus gebracht. Der eine der Schweizer Herren hat eine schwere, der andere eine leichtere Kopfverletzung davongetragen. Die Dame kam mit dem Schrecken davon. Auch das Fuhrwerk erlitt keinen Schaden.

DZ. Donaueschinger, 10. Juni 1924. Mit der Abhaltung des Bundesfestes des badischen Stenographenbundes Stolz-Schrey und die nachträgliche Feier des 75jährigen Bestehens des Donaueschinger Stenographenvereins Stolz-Schrey war eine Ausstellung moderner Bürobedarfsartikel verbunden. Am Sonntag vormittag tagten die Vertreter des Bundes im städtischen Rathaus. Am Nachmittag 2 Uhr fand dann in den Räumen der Volkshochschule der Stenographische Wettbewerb statt, an dem 500 Personen teilnahmen.

DZ. Rappenaau, 10. Juni. Vom Blitze erschlagen wurde der 26 Jahre alte Sohn des Salinenarbeiters Hofmann. Er war beim Kartoffelbaden von einem Gewitter überfallen worden und hatte unter einem Baume Schutz gesucht.

DZ. Singen a. S., 10. Juni 1924. In Anwesenheit einer vieltausendköpfigen Menschenmenge fand vom 7. bis 9. d. M. hier das 14. Rega-Verbandsmusikfest statt, verbunden mit dem 65. Stiftungsfest der Stadtmusik Singen. Über 35 Kapellen beteiligten sich an der Veranstaltung. Am Pfingstsonntag bewegte sich ein großer Festzug durch die Stadt mit Wägen aus Scheffels Eckard und der Geschichte der Stadt Singen. Am Abend wurde die Einwohnerfeier durch eine prächtige Beleuchtung des Dohrental erfreut. Im Preiswettbewerb brachte die Stadtmusik Vörsch die besten Leistungen hervor. Innerhalb des Gaus die Stadtmusik Madolfzell und außerhalb des Gaus die Stadtmusik Vörsch. Mit einer großen Kinderbelustigung fand das glänzend verkaufte Fest seinen Abschluß.

DZ. Weersburg, 10. Juni. Entgegen anderslautenden Meldungen findet die Schloßbeleuchtung dieses Jahr am Samstag, den 26. Juli statt.

DZ. Versbach b. Schoffheim, 10. Juni. Das am Nachmittags des 1. Feiertages über Oberbaden niedergegangene schwere Gewitter hat hier Feuer Schaden verursacht. Der Blitz schlug in ein Anwesen ein und zündete sofort. In wenigen Augenblicken stand das ganze Gebäude in Flammen und brannte vollständig nieder. Auch ein Nachbarnanwesen, auf das das Feuer übersprang, konnte nicht gerettet werden. Gleichzeitig schlug der Blitz in eine Viehherde bei Versbach ein und tötete drei Kühe.

DZ. Konstanz, 10. Juni 1924. Zu der Festwoche für den Dichter Wilhelm von Scholz, der am 15. Juli 1924 sein 50. Lebensjahr vollendet, ist noch zu berichten, daß außer seinem großen Drama „Der Jude von Konstanz“, im Stadttheater „Der Wettlauf mit dem Schatten“, „Der Besiegte“, „Das Herzgewunder“ aufgeführt wird. Ein feierlicher Festakt soll alle für den Dichter geplanten Ehrungen zusammenfassen. Es hat sich ein Ehrenauschuß für den Dichter gebildet, dem u. a. aus Konstanz Bürgermeister Dipl. Ing. Arnold, Hofr. Dr. Gräber, von auswärts Brinz Max v. Baden, Max Egon Fürst zu Fürstberg und Gerhard Hauptmann angehören.

Aus der Landeshauptstadt

Luftpostverkehr nach Rußland, Lettland und Estland. Vom 10. Juni an befördert die Luftpost Königsberg (Pr.)-Moskau alle Arten gewöhnlicher und eingeschriebener Briefsendungen nach Rußland, Sibirien, China und Persien (bisher nur Briefe und Postkarten). Flugzuschlag neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren für Postarten 20 Pfg. für je 20 Gramm anderer Briefsendungen 30 Pfg. Zeitgewinn gegenüber gewöhnlicher Beförderung 42 Stunden. Nach Estland sind fortan ebenso wie nach Lettland auch Luftpostpakete, dringende und nicht dringende, und Luftpostzeitungen zugelassen. Beförderung auf der Luftpostlinie Königsberg (Pr.)-Remel-Riga-Reval-Beltingfors. Die Pakete erreichen mit der Luftpost ihr Ziel einige Tage früher als auf gewöhnlichem Wege. Wegen der Zuschlaggebühren Auskunfts bei den Postanstalten. Die Gebühr für dringende Luftpostpakete nach Lettland ist herabgesetzt.

Landestheater. Mit dem Bauerdrama „Magdalena“, das die Schauspielgruppe der Bayerischen Landesbühne am Donnerstag, den 12. Juni hier aufführen wird, lenkt unser Theaterpublikum den Dichter Ludwig Thoma zum erstenmal auch als ersten Dramatiker kennen, nachdem er als Humorist mit seinen wirkungsvollen Schöpfungen „Die Lokalbahn“ und „Die Medaille“ auf unserer Bühne zuletzt im Winter 1917 erschien. Erfreut sich auch der Humorist Ludwig Thoma unstreitig der größeren Geltung, so kommt ihm vielleicht als dem Dichter erster Romane und Bühnenwerke die größere Bedeutung zu. Hier entsteht in gradliniger, unkomplizierter Gestaltung eine Bauernwelt rührender Melancholie und beklemmender Schmerz. Diese Welt und ihre Menschen sind von einem klaren, sachlichen Realismus geschildert, der ohne deutende Absicht tiefe menschliche Hintergründe aufzudecken weiß. In dieser Welt ist den Menschen jeder Schritt bestimmt, jede Tat von harter Notwendigkeit vorgezeichnet, das Leben ein einziges schweres Sollen.

Kammerjäger Heinrich Gensel, bekanntlich ein Sohn unserer Stadt, wird in dieser Woche ein zweimaliges Gastspiel absolvieren und zwar hat sich der Künstler diesmal 2 Operettenpartien gewählt, um sich seinen Landsleuten auch einmal von der heiteren Seite zu zeigen. Das erste Gastspiel findet am Mittwoch, den 11. in „Zigeunerbaron“ (Barintay) statt, während das zweite Gastspiel für Sonntag, den 15. in der

Stauff'schen Operette „Die Fledermaus“ angeführt ist, worin Herr Gensel den Alfred singen und im 2. Akt einige Konzerteinlagen zu Gehör bringen wird.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen
in Millionen Mark

	11. Juni		10. Juni	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam	1 566 100	1 573 900 ¹⁰⁰	1 566 100	1 573 900 ¹⁰⁰
Kopenhagen	705 700	709 200 ¹⁰⁰	705 700	709 200 ¹⁰⁰
Italien	181 750	182 750 ¹⁰⁰	181 750	182 750 ¹⁰⁰
London	18 155 000	18 245 000 ¹⁰⁰	18 055 000	18 145 000 ¹⁰⁰
Newyork	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰
Paris	219 500	219 500 ¹⁰⁰	210 500	211 500 ¹⁰⁰
Schweiz	735 700	739 300 ¹⁰⁰	735 200	739 300 ¹⁰⁰
Brno	122 200	122 800 ¹⁰⁰	122 450	123 000 ¹⁰⁰
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 ¹⁰⁰	58 900	59 100 ¹⁰⁰

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wiesentäler Bergbau Aktiengesellschaft, Freiburg in Baden. Die Generalversammlung vom 6. Juni d. J. genehmigte einstimmig die von der Verwaltung vorgelegte Goldmark-Gewinnbilanz und beschloß, das Geschäftsjahr mit dem Bilanzjahr zusammenfallen zu lassen. Das Stammkapital wurde auf 208 000 Gm per 1. Januar 1924 festgesetzt. Für 10 Papiermarkaktien wird eine Aktie zum Nominalwert von 20 Goldmark eingekauft. Versandfertige Flußpatentvorräte, Bergwerks- und Grubenanlagen mit 395 171 Goldmark sowie 9962 Goldmark Barmittel bilden das Aktivum. Im Jahre 1923 wurden 208 000 Goldmark Aktienkapital und 9943 Goldmark Creditoren gegenüber, während 89 069 Goldmark die Reserve bilden. Den Betrieb der gesamten Produktion aus den Flußpatentlagern der Gesellschaft im oberen badischen Wiesental an Säure- und Gießerei-Spat hat für die Dauer von 10 Jahren die Chemische Abteilung der Aktiengesellschaft Duogo Stinnes, Hamburg, übernommen, mit deren Unterstützung die Gesellschaft z. B. größere maschinelle Anlagen, Flußpatentvorräte und Drahtseilbahnen im oberen badischen Wiesental errichten läßt.

Die **Vorwärtsbank** Schoffheim e. G. m. b. H. hielt am Samstagvormittag ihre Generalversammlung ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung, die im Jahrebericht beiliegend gegeben wurde, wies einen Betrag von 3349,86 Mark als aus der Inflationsperiode noch getretete Substanz auf. Da das Bankgebäude mit 10 000 Mark und die Forderungen mit 1 Mark zu Buche stehen, sind ansehnliche stille Reserven vorhanden. Dem Geschäftsbericht und der Gewinnverteilung wurde debattelos zugestimmt. Das Garantiekapital für die Einlagen beträgt 1 Million Mark.

Der Verwaltungsrat der **Bodensee-Zoggenburgbahn** genehmigte den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung für das Jahr 1923 zu Händen der am 21. Juni in Romanshorn stattfindenden Generalversammlung. Der Betriebsüberschuß (der größte seit Eröffnung der Bahn) beträgt 1 042 298 Franken. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Passivsaldo von 5 799 187 Franken. Er ist um 564 948 Franken geringer als derjenige des Vorjahres.

DZ. Die **Produktion von Kunstseide** Der Weltverbrauch an Kunstseide beträgt, wie die „Textilwoche“ mittelt, ungefähr das Doppelte der Vorkriegszeitung an echter Seide. Im Jahre 1923 sind insgesamt 40 834 000 Kilogramm Kunstseide in der Welt hergestellt worden, davon ungefähr 16 329 600 Kilogramm oder 40 Prozent der Gesamtproduktion in den Vereinigten Staaten, die nunmehr für die Kunstseidenproduktion der Welt an erster Stelle stehen.

Betreffend:
Jagd-Versteigerungen.
Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“ München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen. Jagd- und Fischereiverkaufsanzeigen gehören darum in erster Linie in diese Zeitschrift. (46. Jahrg.) Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“, München, Brienerstr. 9.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 12. Juni. 7^{1/2}-9^{1/2} Uhr. Sp. I. M. 4.80.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4701-5300.
Einmaliges Gastspiel der Bayerischen Landesbühne München
Magdalena.
Volksstück in 3 Aufzügen von Ludwig Thoma.

Für unsere Export-Abteilung
suchen wir laufend größere Posten **Damen- und Bettwäsche** und erbitten Eilangebote nur leistungsfähiger Firmen
Grunert & Stössel, Chemnitz
Schließfach 521 D.383

Die Direktorenstelle
der hiesigen Bezirksparafasse ist sofort neu zu besetzen. Bewerbungen mit Lebenslauf und unter Angabe der Gehaltsansprüche wollen beim **Bürgermeisteramt Versbach im Murgtal** bis längstens **20. Juni 1924** eingereicht werden. D.385

W. 670. Karlsruhe. Über das Vermögen der Patu-Papierwaren- und Neuheitenfabrik G. m. b. H. in Karlsruhe, Wollfstr. 8, wurde am 3. Juni 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Kaufmann Carl Nagel in Karlsruhe, Akademiestr. 11.

W. 671. Karlsruhe. 5. Juni 1924. Gerichts-Schreiberei Bad. Amtsgericht A 4.
Konkursöffnung.
W. 674. Rehl über das Vermögen des Kaufmanns Michael Zimmer in Rehl, Inhaber der Firma Michael Zimmer in Rehl ist heute am 6. Juni 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner die Zahlungen eingestellt hat. Der Rechtsanwalt Kauf in Rehl ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 3. Juli 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung

des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag, 3. Juli 1924, vormittags 9 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, 24. Juli 1924, vormittags 9 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 3. Juli 1924 Anzeige zu machen.

Rehl, 6. Juni 1924.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

W. 671. Sindheim. Der Baumwart Heinrich Grimm (Georg Sohn) in Sindheim ist durch Beschluß des hiesigen Amtsgerichts vom 27. Mai 1924 wegen Trunksucht entmündigt worden.
Sindheim, 4. Juni 1924.
Bad. Amtsgericht.

Sofortige Gewinn-Auszahlung
Losbrief-Lotterie für bad. Rotes Kreuz und Säuglingsfürsorge D.388
Gesamt-Gewinne **25 000** Renten-Mark
Lospreis je 1 G.-M., Porto 15 Pfg. extra. Zu haben bei Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer, Mannheim, O. 7, 11** und allen Lotterie-Geschäften
Postscheckkonto: 17043 Karlsruhe

Volksschauspiel Ötigheim.
Aufführung: Jeden Sonntag vom 1. Juni bis 5. Oktober
Ausgenommen: 29. Juni, 13. Juli und 31. August.
= 700 Mitwirkende =
Preise: 1-6 Mk., Stehplatz 50 Pfg.
Anfang 1/2 Uhr Ende 1/7 Uhr.
Fahrpreisermäßigung durch Sonntagfahrkarten.
Vorverkauf:
Ötigheim Theaterkasse. Tel. 61 Rastatt.
Vorverkaufsstellen:
Herder'sche Buchhandlung
Zeitungskiosk beim Hotel Germania
Buchhandlung Kraus, Baumelstr. 4
Zigarrengesch. Herrmann, Sofienstr. 126

Zwangsversteigerung
Donnerstag, den 12. Juni 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Schützenstr. 58, Hinterhaus, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
W. 657
1 Kollifrant, 1 Dipl.-Schreibstisch, hell eichen, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 47 neue Patentröste und etwa 7500 Kilo neue Matrasenpumpen.
Karlsruhe, 9. Juni 1924.
Huber, Gerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung
Freitag, den 13. Juni 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Steinstraße 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
2 Diplomaten-Schreibstische, 1 Schreibstisch, 1 Schreibmaschine mit Tisch, 1 Aktenschrank, 1 Nähmaschine, 1 Bild und 760 Stück halbfertige Mehlspeise D.M.G.M.
Karlsruhe, 10. Juni 1924.
Huber, Gerichtsvollzieher.

Fichten-Wälder.
Das Staatl. Forstamt Freiburg hat 300-400 Rentner Fichten-Gerbirge in 3 ungefähr gleichen Losen: ab Schopf in Neuweiler, ab Kottelsruhe und ab Michelbachsruhe zu verkaufen u. erbittet Gebote bis **Sonntag den 14. Juni, mittags 12 Uhr,** je Rentner ab Verkaufsstelle. Die Käufer sind bis mit Freitag den 20. Juni an ihre Gebote gebunden. Vorzeiger ist Förster Albrecht in Wildtal. W. 658.

Stresemann
spricht gelegentlich des südwestdeutschen Vertretertages der Deutschen Volkspartei am **Sonntag, den 15. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, im Konzerthause.** Die Karlsruher Rede des Reichsministers des Auswärtigen wird nach der Reichstagswahl und nach der Regierungsbildung die erste in der Öffentlichkeit gehaltene sein und die Aufmerksamkeit des gesamten In- und Auslandes finden. Im Vorverkauf sind Eintrittskarten zu Mk. 3.—, 2.— und 1.— in der Musikalienhandlung **Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße** und im **Generalsekretariat, Kaiserstraße 82, 3. Stock,** von Donnerstag ab zu haben. Auch telephonisch (3430) können Karten gesichert werden. D.386